

Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland  
Frau Dr. Angela Merkel  
Bundeskanzleramt  
11012 Berlin

Per FAX

Prof. Dr. Hubert Weiger  
Bundesvorsitzender

Fon +49 30/275864-31  
Fax +49 30/275864-60  
hubert.weiger@bund.net

28. November 2017

## Offener Brief zur Wiedezulassung von Glyphosat

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,

wir sind als Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) über das gestrige Abstimmungsverhalten von Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt zur Wiedezulassung von Glyphosat nicht nur enttäuscht, sondern empört. Minister Schmidt hat mit seinem „Ja“ zu einer 5-jährigen Verlängerung der Geschäftsgrundlage der Bundesregierung den Boden entzogen. Er hat damit nicht nur Bundesumweltministerin Barbara Hendricks und die gesamte SPD, sondern auch die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes vor den Kopf gestoßen, die mit einer Mehrheit für ein Verbot des Totalherbizids sind.

Dieser Vorgang ist nach unserer Meinung beispiellos. Das ist gerade in dieser hochsensiblen Zeit für die Bundesrepublik Deutschland frappierend, in der – und das weiß niemand besser als Sie, Frau Bundeskanzlerin – die Regierungsbildung sich so außerordentlich schwierig gestaltet. Damit hat Minister Schmidt der politischen Kultur in unserem Land massiv geschadet. Das Abstimmungsverhalten von Minister Schmidt entspricht eher dem Verhalten eines Agrar-Chemie-Lobbyisten, als einem dem Gemeinwohl verpflichteten Minister.

Die Union nimmt mit dieser Haltung Kollateralschäden für Mensch und Natur in Kauf: Das Ackergift Glyphosat ist laut der Krebsagentur der Weltgesundheitsorganisation wahrscheinlich krebserregend beim Menschen. Zudem trägt Glyphosat maßgeblich zum katastrophalen Artensterben in der Agrarlandschaft und zu einem unwiederbringlichen Verlust an Biodiversität bei.

Die Wiedezulassung von Glyphosat ist mit der deutschen Entscheidung endgültig und nicht mehr zu revidieren. Jetzt geht es um Schadensbegrenzung. Deshalb fordern wir Sie eindringlich auf, die nationalen Spielräume zu nutzen. Wir brauchen ein sofortiges Verbot von Glyphosat für den Privatgebrauch und für den Einsatz im öffentlichen Raum, also in Parks und auf Spielplätzen. In erster Linie brauchen wir aber deutliche und verbindliche Einschränkungen für den Glyphosateinsatz in der Landwirtschaft, verbunden mit einem generellen Pestizidreduktionsprogramm. Glyphosat darf in Naturschutz- und Trinkwasserschutzgebieten nicht länger eingesetzt, das Spritzen von Glyphosat unmittelbar vor der Ernte in das reife Getreide muss ausnahmslos verboten werden.

Wir benötigen eine konsequente Anwendung der „Guten Fachlichen Praxis“. Diese schreibt jetzt schon vor, dass Landwirte Pestizide nur im Notfall einsetzen dürfen, als allerletztes Mittel, wenn sie alle anderen Maßnahmen ausgeschöpft haben. Nur spielt sie bisher so gut wie keine Rolle. Damit sich dies ändert, bedarf es einer Genehmigungspflicht für den Glyphosateinsatz. Landwirte, die es in Zukunft noch anwenden wollen, müssen dies begründen. Wenn Glyphosat überhaupt noch zum Einsatz kommt, darf es nur noch einmal pro Jahr und Fläche ausgebracht werden. Damit der Pestizideinsatz in der Landwirtschaft zurückgeht, muss es zudem Beratung und Schulung für Landwirte zu pestizidfreiem Ackerbau, ebenso wie eine entsprechende Forschung geben.

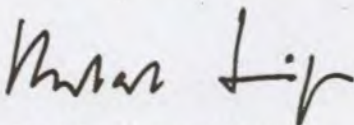
Und: Wir brauchen in Deutschland eine Neuausrichtung der Verantwortlichkeiten bei der Pestizidzulassung. Die Federführung für Zulassungsfragen darf nicht länger bei einem Ministerium liegen, das die Lobbyinteressen des Deutschen Bauernverbands und der Chemieindustrie vertritt, aber von einer zukunftsfähigen, gesellschaftlich akzeptierten Landwirtschaft nichts wissen will. Wir sprechen uns dafür aus, dass die Zuständigkeit für Pestizide in das Bundesumweltministerium oder in das Bundesgesundheitsministerium übergehen muss.

Sehr geehrte Frau Merkel, die Debatten um Glyphosat haben gezeigt, dass die Menschen nicht länger bereit sind, die Kollateralschäden des chemiegestützten Ackerbaus – den Artenschwund in landwirtschaftlich genutzten Gebieten und das Insektensterben – hinzunehmen. Eine deutliche Mehrheit der deutschen Bevölkerung spricht sich für ein Verbot von Glyphosat aus, die Europäische Bürgerinitiative gegen Glyphosat sammelte in einer Rekordzeit mehr als 1.300.000 Unterschriften. Für diese Menschen müssen Sie Politik machen. Es ist an Ihnen, als geschäftsführende Bundeskanzlerin, sich nach diesem Foulspiel dafür einzusetzen, dass die Entscheidung gerade gerückt wird.

Wir bitten Sie, den aus dem Abstimmungsverhalten Deutschlands entstandenen Schaden, wenigstens national zu begrenzen. Ergreifen Sie jetzt Direktmaßnahmen zur Reduzierung des Glyphosateinsatzes und verbieten Sie das Totalherbizid in spätestens drei Jahren ganz, wie es Frankreich bereits angekündigt hat.

Ich stehe Ihnen gerne für ein persönliches Gespräch zur Verfügung und freue mich darauf, von Ihnen zu hören.

Mit freundlichen Grüßen



Prof. Dr. Hubert Weiger  
Vorsitzender des BUND